

Bezugspreis: monatlich 2.12 — ohne Zustelgebühren, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Zeitungsverleger und andere Anzeigenstellen entgegen.  
Morgen-Ausgabe  
Anzeigerpreis: Die Sp. 14 mm stark zum Monatspreis 1.50 M. Da Sp. 90 mm stark zum Monatspreis 6.00 M. Neben dem zum Anzeigerpreis 50 Pf. zuzüglich.  
Gesellschaftliche Berlin: Bernburger Str. 30. Fernamt Amt Marienb. Nr. 230. Etwa 50000 Exemplare. — Druck u. Druck von Otto Oble, Halle-Saale

## Die große Koalition

### Ein Köder für die deutsche Volkspartei

#### Vor und hinter den Kulissen

Das wichtigste Bild der Vertrauenskoalition beginnt ein wenig klarere Linien zu zeigen, insofern nämlich, als sich bei den Mitgliederparteien rechts und links der Koalition (Deutsche Volkspartei, Christliche Volkspartei und Unabhängige) gewisse Ähnlichkeiten für die Verhältnisse bei der Abstimmung herausgestellt haben. Die Deutsche Volkspartei beharrt nach wie vor auf ihrem Währungsantrag und ist nicht gewillt, Herrn Wittich in irgendeiner Form zu einem Verzicht zu bewegen. In Verhandlungskreisen meint man diesen Verwehren der Deutschen Volkspartei gegenüber, was sozusagen und konsequenter die Verweigerung, was wir schon gestern feststellten, auf die Baharische Volkspartei und die Unabhängigen. Erfreut man getieren wozu es um 10 Uhr zu einer Fraktionssitzung zusammengetreten und wird heraustritt in ihrer Mehrheit für das Vertrauen in einem Hinne. Damit wäre aber nur ein geringe Mehrheit erzielt.

Zufolge dessen ist man eifrig am Werke, die Unabhängigen für eine — wenn auch indirekte — Unterstützung der Vertrauenskoalition gewinnen zu wollen. Man hat ihnen goldene Versprechen, indem man mit der Absicht umgeht, dem Vertrauensvotum eine mildere, mehr auf die außenpolitische Lage angelegte Form zu geben. Auf diese Weise hofft man wenigstens zu erreichen, daß die U.S.P. sich ganz oder teilweise der Abstimmung entzieht. Ueberhaupt scheint man der Ansicht ihre Schritte nehmen zu wollen, daß man gleich nach der Abstimmung eine außenpolitische Interpellation insofern und im Anschluß daran ein viel notwendigeres Vertrauensvotum durchbringt. Die unabhängige Fraktion beginnt aus schon eingetragenen, indem teilweise die „Leipziger Volkszeitung“ davon spricht, daß man in ihren Kreisen gar kein Interesse an einem Verbleiben besitzt.

Der Druck auf diese Parteien wird vor allem von den Mehrheitspartnern ausgeht. Der Demokrat ist nun sicher, die Ziele beschaffen haben. Für das vorliegende Vertrauensvotum ist man mehr auf die Außenpolitik angewiesen, da sie innenpolitisch allein auf Herrn Wittich auswirken können.

Die politische Lebertragung des Tages ist eine Besprechung der Führer der drei Regierungsparteien — Zentrum, Demokraten und Sozialisten — mit den Führern der Deutschen Volkspartei in der Reichshaus. Die Besprechung hat um 11 Uhr in Anwesenheit des Reichskanzlers begonnen und dauerte 2 Stunden lang. Jeder ihren Anteil und ist verlässliches Ergebnis ist unter den Teilnehmern strengste Vertraulichkeit beobachtet worden, aber es bedarf keiner allgütigen Bemerkungen, was zu erfahren, um was es sich bei dieser Besprechung gehandelt hat.

Man weiß, daß bei den interfraktionellen Besprechungen, die am vergangenen Freitag im Reichstag stattgefunden haben und die dem Steuerkompromiß gälten die Frage der großen Koalition angeht worden ist und daß insbesondere das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Sozialisten, die Christliche Volkspartei, die Unabhängigen, was allmählich bekannt wurde, die Erklärung abgegeben, daß sie nicht in der Lage seien, bindende Stellung zu nehmen, daß aber gerade der Gedanke der großen Koalition ihnen nicht unüberwindlich erscheine. Man hat vorausgesetzt, daß in den heutigen Besprechungen der Reichskanzler an jene interfraktionellen Unterredungen am Freitag angeknüpft worden ist.

Die Frage ist: Welche Aussichten haben die neu aufzunehmenden Verhandlungen? Die Führer der Parteien sind heute kaum in der Lage gewesen, bestimmte, ihre Fraktionen verbindliche Erklärungen abzugeben. Zunächst werden sich die Fraktionen bei den Verhandlungen beschäftigen müssen, die heute begonnen werden sind. Aber ist die mutmaßliche Stellung der einzelnen Parteien? Zentrum und Demokraten haben von jeder noch Zurückhaltung bei großen Koalition erkräftet.

Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei ist ebenfalls bekannt. Die Sozialdemokraten haben sich nach auf dem Gebiet der Reichshaus, die Sozialisten, die Christliche Volkspartei, die Unabhängigen, was allmählich bekannt wurde, die Erklärung abgegeben, daß sie nicht in der Lage seien, bindende Stellung zu nehmen, daß aber gerade der Gedanke der großen Koalition ihnen nicht unüberwindlich erscheine.

Moment sind. Diese Annahme wird durch eine Erklärung des sozialdemokratischen Parlamentspräsidenten bestätigt. Der Reichskanzler weiß wohl noch mehr zu berichten. Nach ihm soll sich die Deutsche Volkspartei dazu bereit erklärt haben, ihren Währungsantrag zurückzuziehen, wenn die große Koalition verwirklicht werden sollte. Bei den Sozialdemokraten liegt allerdings der Gedanke einer Erneuerung der Regierungslösung nach Rechts nicht auf große Gegenliebe. Der Reichskanzler spricht von einem nicht zufälligen Druck auf die sozialdemokratische Fraktion, der in vielfacher Weise abgemindert werden müßte.

Eine Klärung der Lage wird kaum vor heute zu erwarten sein. Man kann indes sehr gespannt sein, was sich die Verhältnisse entwickeln werden, namentlich in Bezug auf die Deutsche Volkspartei. Denn hier scheint doch etwas fatal zu sein, so sehr sich diese Partei auch die Mühe gibt, noch außen hin — vorwiegend wenigstens — ihre ablehnende Stellung beizubehalten.

### Wirths unehrliche Politik

Die Duplikation der Gegenstände zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Reichskanzler, die so kurz Zeit nach dem Steuerkompromiß erfolgte, hat nach volksparteilicher Darstellung ihren Hauptgrund in dem unehrlichen Verhalten des Kanzlers gegenüber der Partei des Herrn Dr. Siegfried. Von diesem Verhalten gibt die nationalliberale Correspondenz folgende Darstellung:

Was nun die Frage der großen Koalition anbelangt, so kann mit aller Deutlichkeit und Bestimmtheit gesagt werden, daß die Deutsche Volkspartei, wie ja man allgemein bekannt, das Zustandekommen der Koalition gewünscht und bestritten hat. Sie ist bereit gewesen, in die Regierung einzutreten, und zwar in jeder Beziehung bereit gewesen. Die Deutsche Volkspartei hat die große Koalition getrimmelt, sondern der Herr Reichskanzler durch sein, gelinde gesagt, unehrliches Verhalten. Er hat den Vertretern der Deutschen Volkspartei von seiner Absicht, Herrn Dr. Rathenau zum Minister des Auswärtigen zu ernennen, Kenntnis gegeben und in ihnen keinen Anstoß zu empfinden lassen, wenn die Ernennung wenige Tage bis zur Umbildung des Kabinetts zu warten, um sie als Teil derselben erscheinen zu lassen. Der Herr Reichskanzler hat den Vertretern der Deutschen Volkspartei an dem entscheidenden Nachmittag erklärt, Herr Dr. Rathenau könne nicht als Minister ernannt werden, bis bis zum anderen Tage mittags 12 Uhr vollzogene sein müßte, wenn man überhaupt auf ihn rechnen wolle; er — der Reichskanzler — sei also in eine Zwangslage verwickelt und müsse die Ernennung sofort vollziehen. Zu derselben Stunde, da die Erklärung abgegeben wurde, hat Herr Dr. Rathenau einem vertrauten Freunde im Hause einen Brief geschrieben, in dem er auf diesem ganzen Verhalten des Reichskanzlers mit voller Deutlichkeit hervor, daß er selbst durch allerlei Winkelzüge sein Möglichstes getan hat, die Vertreter der Deutschen Volkspartei diese vor dem Kopf zu haken und das Zustandekommen der Koalition zu verhindern. Wenn er nicht anders hätte, daß er ein Gegner der großen Koalition sei, hätte man ihn als politischen Gegner adven und bekämpfen können. Wer sich solcher Mittel bedient wie der Herr Reichskanzler, und wer an einem Tage in öffentlicher Rede unehrliche das Gegenteil von dem sagt, was er am Tage vorher ebenfalls in öffentlicher Rede erklärt hat, ist nicht der Mann, mit dem man zusammen eine Regierung bildet. Daher der Beschluß der Deutschen Volkspartei, ein Vertrauensvotum gegen ihn persönlich einzubringen und gegen ein Vertrauensvotum zu stimmen.

Zunächst und neu in dieser Darstellung ist die Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Christliche Volkspartei, die Unabhängigen, was allmählich bekannt wurde, die Erklärung abgegeben, daß sie nicht in der Lage seien, bindende Stellung zu nehmen, daß aber gerade der Gedanke der großen Koalition ihnen nicht unüberwindlich erscheine.

Zunächst und neu in dieser Darstellung ist die Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Christliche Volkspartei, die Unabhängigen, was allmählich bekannt wurde, die Erklärung abgegeben, daß sie nicht in der Lage seien, bindende Stellung zu nehmen, daß aber gerade der Gedanke der großen Koalition ihnen nicht unüberwindlich erscheine.

Zunächst und neu in dieser Darstellung ist die Feststellung, daß die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Christliche Volkspartei, die Unabhängigen, was allmählich bekannt wurde, die Erklärung abgegeben, daß sie nicht in der Lage seien, bindende Stellung zu nehmen, daß aber gerade der Gedanke der großen Koalition ihnen nicht unüberwindlich erscheine.

### Die Wirtschaftsbefehle für die Beamten

In Reichsfinanzministerium wurde unter dem Vorsitz des Wirtschaftsreferenten von Schlieffen die Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Einführung von Wirtschaftsbefehlen für die Beamten in Anlehnung an die bei Arbeitern zu gewöhnlichen Lebenserhaltungszwecke fortgesetzt. Ueber einstimmig beschloß unter den Spitzenorganisationen vorhin, daß in den Orten, in denen die Arbeiter Lebenserhaltungszwecke erhalten, den Beamten in dieser Anlehnung an diese Wirtschaftsreferenten unter Umständen nach 10 bis 15 Prozent Erhöhung der Gehälter in einem jährlichen Gehaltsbetrag von 250 M. gewährt werden sollen. Nachdem eine Reihe weiterer technischer Einzelfragen besprochen worden war, gab der Vorsitzende im Namen des Reichsministers der Finanzen die Beschlüsse ab, daß die Regierung bereit auf möglichst rasche Durchführung der Ausgabe der Wirtschaftsbefehle lege und bereits alles dazu erforderliche tun werde. — Für die Angehörigen wird eine entsprechende Regelung getroffen werden.

### Die Deutschnationale Partei und die Abstimmung im Reichstag

Im Tag gibt Staatsminister Fergel eine Erklärung über die letzte Reichstagsabstimmung, die mit der Mehrheit halber im Reichstag übergeben.

Warum hat die Deutschnationale Volkspartei am Sonnabend nicht den Vertrauensvotum des Reichstags abgelehnt und damit schon am selben Tage den Sitz des Kanzlers über der Regierung hinweggeführt? Handelt es sich in Uebertragung oder Befehlzung, oder blieb sie ihren Zielen treu?

Zunächst eine Vorbemerkung: Nach § 33 a der Geschäftsordnung des Reichstages muß bei Interpellationen die Abstimmung über ein Vertrauens- oder Währungsvotum verlangt werden, wenn dies von mindestens 30 Mitgliedern verlangt wird. Ich lasse aber ganz beiseite, ob diese Voraussetzung auf den vorliegenden Fall, bei dem es sich nicht um eine Interpellation handelte, entsprechend anwendbar gewesen wäre. Nach der Bewegung des Kanzlers wäre es wohl möglich gewesen, die Vertrauensabstimmung, denn die Mitte, die namentlich in den Vorlesungen auffallend leere Bänke gezeigt hatte, war auch am Sonnabend noch sehr schwach besetzt, könnte als dies bei der Notizen und der Zinsen des Falls war. Aber zur Ablehnung des Vertrauensvotums hätten unter allen Umständen nötig gewesen, daß beide Parteien geschlossen begehrt hätten. Es jedoch, wenn sich die Deutschnationale Volkspartei für die Ablehnung der Vertrauensabstimmung hätte, dies auch bei der Deutschen Volkspartei geschehen wäre, läßt sich nicht ohne weiteres bestimmen. Bei dem Meinungsstand, der in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zwischen den führenden Vertretern der beiden Fraktionen über die Stellungnahme zu der Vertrauensfrage stattgefunden hat, ist unter der Voraussetzung, daß die Regierungsparteien das vom Kanzler geforderte Vertrauensvotum tatsächlich einbringen würden — was man alsbald alsbald — die Zustimmung zu dem Vertrauensvotum bedenklich als etwas Selbstverständliches behaupten können.

Über wie wollen einmal annehmen, daß in der Tat die Vertrauensabstimmung abgelehnt und dann auch das Vertrauensvotum von einer aus der Rechten und der Linken bestehenden Mehrheit nicht angenommen worden wäre. War das ein maßvoller Erfolg? Nein, es wäre nur ein Schein Erfolg.

Am Ende sollen schlüssigweise mindestens 120 Mitglieder. Diese haben waren gewiß insofern, der noch fortbestehenden Eigenberücksichtigung durch Herrn Gewalt am Erreichen effektiv verhindert. Die größere Mehrheit hätte allerdings, wenn wieder auch mit großer Sicherheit, sich einfinden können. Auch zu ihren Gunsten war aber zu berücksichtigen, daß die parlamentarische Lage das Erreichen sämtlicher Mitglieder bei schwersten persönlichen Opfern und Bekümmern, nicht unbedingt erforderlich machte. Denn es ist ja die allgeringste Wahrscheinlichkeit dafür, daß am Schluß der Strafbestände nur Vertrauensvotum zur Abstimmung gelangen würden, die wegen ihrer ganz verschiedenen Begründungen kaum eine einheitliche Mehrheit aller Oppositionsparteien auf sich vereinigen könnten. Die Abstimmung erforderte daher nicht als eine Haupt- und Staatsaktion und ist tatsächlich auch als solche nicht aufgeführt worden, wie ja das Fehlen zahlreicher Mitglieder auch bei den Oppositionsparteien ergab. Erst dadurch, daß der Kanzler ausdrücklich die Vertrauensfrage stellte, veränderte sich die ganze Sachlage. Nun war die Regierungsbüro vor aller Welt in feierlicher Form bekanntgegeben, und damit steigerte sich entsprechend die Verantwortlichkeit des Parlaments vor dem ganzen Volke, das von seiner Vertretung mit Recht verlangen konnte, daß in einem so ungeheuer wichtigen Falle nicht bloß mit drei Viertel Zustimmung, sondern bei Anwesenheit aller nur irgend erscheinbaren Mitglieder unter Zuhilfenahme aller Kräfte der Kanzler habe nur eine Zinte angewendet; er und die Regierungsparteien hätten nur Zeit gewinnen wollen. Gewiß, man wollte Zeit gewinnen und die fehlenden Mitglieder der Regierungsparteien nach Möglichkeit heranziehen. Aber um eine Zinte oder bloße Geheiß handelt es sich darum noch lange nicht. Dazu war die Erregung in den Kreisen der Regierungsparteien beim Anhören der Erklärung des Kanzlers viel zu echt und ungemindert, und dazu war die Gefahr, in die sich der Kanzler durch seine Erklärung begab, viel zu groß. Denn, der Kanzler war sich wohl bewußt geworden, daß es mit fastlichen Wandern einer bloßen Zustimmung über die eingetragenen Vertrauensvotum nicht mehr gehen war, sondern daß es jetzt um keine kann, das Kabinettsfallung anging; er hätte mit einem gewissen Entschluß auf die große Spiel, verlässliche durch Stellung der Vertrauensfrage seine Kräfte erheben — denn er verordnete damit die Ionst bei den Vertrauensvotum angeordnet bestimmten Rechts- und Linksparteien zu einem einheitlichen, das Vertrauensvotum ablehnenden Oppositionsblock — und machte zugleich noch einen letzten Versuch, die Kanzlerkrise, wie sie durch die individuelle Stellung des Vertrauensvotums der Deutschen Volkspartei in trauer Weise zum Ausdruck ge-





